

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine der Deutschen Kinderhilfe zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine und dafür, dass Sie die Lebenslagen, Rechte und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken. Für uns Freie Demokraten ist entscheidend, dass jedes Kind in Berlin unabhängig von Herkunft, Elternhaus oder sozialem Status die Chance erhält, seine Fähigkeiten zu entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Gerade bei Bildung, Kinderschutz und Gesundheit muss der Staat seine Kernaufgaben verlässlich erfüllen.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt.

Thema: Kinderrechte

Frage 1: Berlin hat beim Kinderrechte-Index 2025 insgesamt einen Platz in der überdurchschnittlichen Spitzengruppe erreicht. Beim Recht auf Bildung kommt Berlin gleichwohl auf einen unterdurchschnittlichen Wert. So hat Berlin bundesweit den zweitniedrigsten Anteil qualifizierten Personals in Kitas. Welche Maßnahmen wollen Sie für eine verbesserte qualitative frühkindliche Bildung ergreifen?

Frühkindliche Bildung ist für uns keine bloße Betreuung, sondern der Beginn der Bildungsbiografie eines Kindes. Unser Anspruch ist deshalb, dass jedes Kind einen Kita-Platz erhält, an dem seine sprachlichen, kognitiven, motorischen, sozialen, musischen und mathematischen Fähigkeiten individuell gefördert werden. Kurzum: Nicht das System steht im Mittelpunkt, sondern das Kind. Frühkindliche Bildung legt das Fundament für den späteren Bildungsweg, und dafür braucht es eine ausreichende Personalausstattung und gut qualifiziertes pädagogisches Personal.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Qualität des letzten Jahres vor der Einschulung. Wir wollen die Schulpflicht um ein qualifizierendes Vorschuljahr erweitern, das in den Kitas stattfindet. Dieses soll sich an klar definierten Lernzielen orientieren und neben Sprache insbesondere motorische Fähigkeiten, Selbstorganisation, Frustrationstoleranz und soziales Miteinander stärken. Gleichzeitig wollen wir

verbindliche Sprachstandserhebungen und eine systematische Förderung bereits deutlich früher etablieren. Unser Beschluss „[Verpflichtendes Kita-Jahr: Bildungschancen für alle!](#)“ sieht Sprachstandserhebungen im Alter von drei, vier und fünf Jahren sowie eine anonymisierte, digitale Auswertung vor, damit nicht nur Angebote finanziert, sondern ihre Wirkung überprüft und verbessert werden kann.

Dabei darf Qualitätssteigerung nicht zulasten der Zeit gehen, die Erzieher mit den Kindern verbringen. Diagnostik, Beobachtung, Dokumentation und Elterngespräche sind notwendige pädagogische Arbeit. Diese mittelbare Arbeit wollen wir vollständig anerkennen und im Personalschlüssel berücksichtigen. Zugleich setzen wir uns für eine radikale Entlastung von vermeidbarer Verwaltungsbürokratie ein. Pädagogische Fachkräfte gehören zu den Kindern und nicht hinter den Schreibtisch.

Hinzu kommt die Fachkräftefrage. Wir wollen den Fachkräftemangel im Erziehungsbereich gezielt bekämpfen und den Betreuungsschlüssel deutlich verbessern. Sonderqualifikationen, etwa sprachpädagogische Zusatzausbildungen, sollen zusätzlich vergütet werden. Auch wollen wir Erziehungsberufe stärker für Männer öffnen und insgesamt attraktiver machen. Freie Träger, die rund vier Fünftel der Berliner Kitaplätze bereitstellen, sollen bei der Finanzierung gegenüber landeseigenen Einrichtungen gleichgestellt werden. Für uns ist diese Gleichbehandlung nicht nur eine Frage der Trägervielfalt, sondern eine Voraussetzung dafür, dauerhaft gute Qualität anbieten zu können.

Wir teilen daher ausdrücklich die Einschätzung, dass ein Rechtsanspruch auf einen Platz allein nicht genügt. Entscheidend ist, was pädagogisch in diesem Platz geschieht. Quantität und Qualität dürfen in der frühkindlichen Bildung nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Thema: Defizite im Kinderschutz/Gewaltschutz

Frage 2: Die Berliner Jugendämter führten 2024 21.273 Verfahren wegen Kindeswohlgefährdung durch. Die Zahl der Verfahren in denen es um Vernachlässigung, physische, sexuelle und psychische Gewalt geht, bewegt sich seit Jahren auf hohem Niveau. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kinder wirksamer vor Gewalt, Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch zu schützen und die Berliner Jugendämter bei dieser Aufgabe personell und finanziell besser auszustatten?

Kinderschutz gehört zu den elementaren Aufgaben eines handlungsfähigen Staates. Wo ein Kind von Gewalt, Vernachlässigung oder sexuellem Missbrauch bedroht ist, darf weder eine ungeklärte Zuständigkeit noch ein Verwaltungsstau dazu führen, dass Hilfe zu spät kommt.

Wir setzen deshalb zunächst bei verbindlichen Schutzstrukturen an. Alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sollen als Fördervoraussetzung ein einrichtungsspezifisches Konzept zum Schutz vor Gewalt und sexueller Belästigung vorlegen. Diese Konzepte müssen regelmäßig überprüft werden; Verstöße dürfen nicht folgenlos bleiben. Bei schweren oder fortgesetzten Verstößen muss auch die öffentliche Förderung zur Disposition stehen.

Daneben wollen wir die Zusammenarbeit der Institutionen verbessern, die in Gefährdungslagen gemeinsam handeln müssen. Wir wollen die Familiengerichtsbarkeit spezialisieren und Familienrichter, Rechtspfleger und Mitarbeiter der Jugendämter im Umgang mit häuslicher Gewalt besser ausbilden. Opfer von Gewalt sollen sofort Zugang zu psychologischer Betreuung erhalten. Das ist für uns ein wichtiger Punkt: Kinderschutz funktioniert nicht als isolierte Aufgabe eines einzelnen Amtes. Jugendhilfe, Familiengerichte, Polizei, Schulen, Kitas, Medizin und Beratungsstellen müssen Informationen im rechtlich zulässigen Rahmen schnell austauschen und wissen, wer in einer konkreten Gefährdungslage Verantwortung trägt.

Gleichzeitig wollen wir die Fachkräfte in den Jugendämtern durch Digitalisierung, eindeutige Zuständigkeiten und den Abbau vermeidbarer Dokumentations- und Verwaltungsarbeit entlasten. Die personelle Ausstattung muss sich dabei am tatsächlichen fachlichen Bedarf orientieren, damit gesetzliche Schutzaufgaben zuverlässig und ohne vermeidbare Verzögerungen erfüllt werden können. Entscheidend ist für uns die Verbindung aus ausreichenden personellen Kapazitäten, verlässlicher Finanzierung und Strukturen, die den Fachkräften möglichst viel Zeit für die unmittelbare Arbeit mit Kindern und Familien lassen.

Frage 3

Berlin hat 2023 einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention beschlossen. Fachverbände weisen jedoch weiterhin darauf hin, dass Kinder, die häusliche Gewalt miterleben, häufig nicht ausreichend als eigenständige Betroffene in den Blick genommen werden und es an spezialisierten Unterstützungsangeboten mangelt. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kinder, die häusliche Gewalt erleben oder miterleben, besser zu schützen und ihnen einen verbindlichen Zugang zu Beratung, Traumahilfe und Unterstützung zu ermöglichen?

Wir teilen den Ausgangspunkt Ihrer Frage: Kinder, die häusliche Gewalt erleben oder miterleben, dürfen nicht lediglich als Begleitpersonen eines erwachsenen Opfers

behandelt werden. Gewalt im familiären Umfeld betrifft ihre eigene körperliche und seelische Sicherheit und kann ihre Entwicklung langfristig prägen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und ihres Vier-Säulen-Ansatzes aus Prävention, Schutz und Unterstützung, Strafverfolgung sowie ineinandergreifenden politischen Maßnahmen. Kinder, Frauen und auch männliche Opfer von Gewalt müssen schnell und unkompliziert Schutz und Unterstützung erhalten. Wir wollen Schutz- und Beratungseinrichtungen im Rahmen des Gewalthilfegesetzes ausbauen und regelfinanzieren sowie zusätzliche Plätze in Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen schaffen. Dabei sind ausdrücklich Mutter-Kind-Plätze auch für ältere Söhne vorzusehen.

Besonders wichtig ist uns eine Versorgung, die nicht an institutionellen Grenzen abbricht. Wir setzen uns für regelfinanzierte Zentren der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt ein, in denen Hilfen gebündelt werden. Nach unseren Plänen soll dort die ganze Familie psychologische und sozialpädagogische Betreuung erhalten. Gerade für betroffene Kinder eröffnet das die Möglichkeit, nicht nur räumlich geschützt, sondern auch fachlich begleitet zu werden. Präventions- und Täterarbeit gehören für uns ebenfalls dazu, weil nachhaltiger Kinderschutz voraussetzt, den Kreislauf der Gewalt zu unterbrechen. Die Täterarbeit wollen wir deshalb deutlich ausbauen.

Darüber hinaus wollen wir die Familiengerichtsbarkeit spezialisieren und die beteiligten Berufsgruppen einschließlich der Jugendamtsmitarbeiter besser für Fälle häuslicher Gewalt qualifizieren. Opfern von Gewalt soll sofort psychologische Betreuung offenstehen. Aus unserer Sicht muss dieser Anspruch bei betroffenen Kindern altersgerecht ausgestaltet werden und den Zugang zu fachlich geeigneter psychosozialer und, soweit erforderlich, traumatherapeutischer Versorgung einschließen.

Entscheidend ist für uns, dass das Kind in einem solchen Verfahren als eigenständige schutzbedürftige Person wahrgenommen wird. Die Sicherheitsinteressen des Kindes dürfen nicht zwischen Zuständigkeiten von Jugendhilfe, Justiz und Gewalthilfesystem verloren gehen.

Thema: Kinderarmut

Frage 4: In Berlin ist fast jede 3. Familie eine Ein-Elternfamilie. Gleichzeitig sind Alleinerziehende am stärksten von Armut bedroht. Welche Maßnahmen planen Sie, um Alleinerziehende besser zu unterstützen und vor Armut zu schützen?

Alleinerziehende brauchen aus unserer Sicht vor allem verlässliche Rahmenbedingungen, damit Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Familienleben

miteinander vereinbar sind. Ein-Eltern-Familien sind keine defizitäre Familienform. Wir wollen die Hindernisse beseitigen, die ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit erschweren. Dabei verbinden wir soziale Sicherheit mit dem Ziel, Menschen zu befähigen, ihre Zukunft selbstbestimmt zu gestalten.

Ein ganz konkreter Hebel ist der Unterhalt. Wir fordern, dass Unterhaltsvorschüsse schneller durch die Bezirksämter ausgezahlt und anschließend von säumigen Unterhaltspflichtigen konsequent eingezogen werden. Ein Kind darf nicht deshalb finanzielle Nachteile erleiden, weil ein Elternteil seiner Verpflichtung nicht nachkommt oder die Verwaltung Monate für die Bearbeitung benötigt. Familienleistungen wie Kindergeld, Elterngeld und Kitagutscheine sollen nach vollständiger Antragstellung innerhalb von vier Wochen bewilligt und ausgezahlt werden. Für junge Familien wollen wir wesentliche Verfahren schon nach der Geburt automatisieren und digital vorausfüllen.

Der zweite zentrale Hebel ist Kinderbetreuung. Gerade Alleinerziehende können reguläre Arbeitszeiten, Schichtarbeit oder berufliche Weiterbildung häufig nur wahrnehmen, wenn Betreuung tatsächlich zu ihren Lebensrealitäten passt. Wir wollen deshalb ausreichend Kita- und Kindertagespflegeplätze mit flexibleren Öffnungszeiten schaffen, einschließlich Notfallangeboten am Abend, über Nacht und am Wochenende. Für Eltern im Schichtdienst wollen wir zudem den mobilen Kinderbetreuungsservice MOKIS deutlich ausbauen.

Wir sehen nachhaltige Armutsbekämpfung darüber hinaus vor allem in guten Bildungs- und Erwerbschancen. Eine leistungsfähige Kinderbetreuung ermöglicht Eltern, ihre Arbeitszeit nach ihren eigenen Möglichkeiten zu gestalten, sich weiterzubilden und beruflich aufzusteigen. Eine gut ausgebaute Kinderbetreuung ermöglicht Erwerbstätigkeit und trägt dazu bei, Armut zu vermeiden.

Wir setzen damit bewusst stärker auf eigenständige Existenzsicherung, zuverlässige Betreuungsinfrastruktur und die konsequente Durchsetzung bestehender Unterhaltsansprüche als auf immer neue Einzeltransferleistungen. Staatliche Unterstützung muss auffangen, aber sie sollte zugleich die Möglichkeit eröffnen, dauerhaft wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen.

Thema: Bildung

Frage 5: Das Thema Bildung bewegt die Menschen in Berlin sehr stark. Nach wie vor führt der Übergang in die 7. Klasse zu viel Druck und Frust bei Familien. Fehlende Wunschplätze, Notendruck, soziale Spaltung und niedrige Bestehensquoten beim Probetag werden stark kritisiert. Mit welchen Maßnahmen wollen sie hier den Familien entgegenkommen?

Wir teilen die Kritik daran, dass der Übergang auf die weiterführende Schule für viele Berliner Familien mit unnötigem Druck und großer Unsicherheit verbunden ist. Besonders kritisch sehen wir die mit der Schulgesetzreform eingeführten zusätzlichen Hürden beim Zugang zum Gymnasium. Wir wollen diese Reform rückgängig machen und insbesondere den Probeunterricht wieder abschaffen. Ein Verfahren, das Kinder zusätzlich unter Prüfungsdruck setzt und für Familien zu erheblicher Verunsicherung führt, ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg, um eine geeignete weiterführende Schule zu bestimmen. Diese Position hat die FDP Berlin bereits im März 2025 ausdrücklich beschlossen.

Gleichzeitig wäre es zu kurz gegriffen, allein das Auswahlverfahren zu verändern. Ein wesentlicher Teil des Problems liegt darin, dass in Berlin nicht überall ausreichend Gymnasial- und ISS-Plätze dort vorhanden sind, wo Familien sie nachfragen. Deshalb wollen wir den Bestand an Gymnasialplätzen erheblich ausbauen. Wir sehen vor, dass Senat und Bezirke die Schulentwicklungsplanung verbindlich koordinieren, Fehlverteilungen bei Oberschulplätzen datenbasiert und bedarfsgerecht korrigieren und Neu- sowie Ausbau dort beschleunigen, wo eine hohe Nachfrage besteht.

Auch das Anmeldeverfahren wollen wir transparenter und familienfreundlicher gestalten. Es soll vollständig digitalisiert werden. Künftig soll zunächst über den Erstwunsch entschieden werden. Kann dieser nicht erfüllt werden, soll eine zweite Wahlrunde auf Grundlage der noch verfügbaren Plätze stattfinden. Dadurch werden Entscheidungen für Familien nachvollziehbarer, Fehlzusweisungen reduziert und zugleich bessere Grundlagen für eine bedarfsgerechte Schulentwicklungsplanung geschaffen.

Unser Ziel ist dabei echte Wahlfreiheit. Eltern und Kinder sollen eine Schule wählen können, die zu ihren Fähigkeiten, Interessen und Bildungszielen passt. Mittelfristig wollen wir deshalb die freie Schulwahl weiter stärken und den bestehenden Einzugszwang nach Postleitzahlen für alle Schulformen aufheben. Gleichzeitig dürfen gute Bildungschancen nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Schulen, die verstärkt Kinder aus benachteiligten Haushalten aufnehmen, wollen wir deshalb gezielt unterstützen.

Darüber hinaus wollen wir Gymnasien die Möglichkeit eröffnen, wieder zu G9 zurückzukehren. Das schafft mehr zeitlichen Freiraum für Schüler und kann zugleich dazu beitragen, die Nachfrage zwischen Gymnasien und Integrierten Sekundarschulen besser auszubalancieren.

Für uns gehört deshalb beides zusammen: Wir wollen den Probeunterricht abschaffen und die zusätzlichen Zugangshürden zurücknehmen. Gleichzeitig müssen wir endlich genügend attraktive Schulplätze schaffen. Familien hilft es wenig, Auswahlverfahren

immer weiter zu verkomplizieren, wenn das eigentliche Problem fehlende Kapazitäten sind. Unser Anspruch ist ein transparenter Übergang, mehr Wahlfreiheit und ein ausreichendes Angebot guter weiterführender Schulen in allen Teilen Berlins.

Thema: Mentale Gesundheit

Frage 6: Die mentale Gesundheit von Kindern ist auch in Berlin eine wachsende Herausforderung, denn etwa ein Viertel der Schulkinder leidet unter einer diagnostizierten psychischen Erkrankung oder Verhaltensstörung. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die seelische Gesundheit junger Menschen in Berlin verbessern?

Wir nehmen die zunehmende Belastung der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sehr ernst. Bei der genannten Größenordnung ist allerdings wichtig, Diagnosen psychischer Erkrankungen und Diagnosen von Verhaltens- oder Entwicklungsstörungen methodisch sauber auseinanderzuhalten. Unabhängig von der genauen Abgrenzung besteht politischer Handlungsbedarf: Hilfe muss möglichst früh erreichbar sein und darf nicht erst einsetzen, wenn sich eine Krise bereits verfestigt hat.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist für uns die Schule. Wir wollen Schulen die Möglichkeit geben, entsprechend ihrem konkreten Bedarf multiprofessionelle Teams aus pädagogischem Personal, Sozialarbeitern und Psychologen zusammenzustellen. Schulleitungen sollen dafür mehr Personalautonomie erhalten. Das folgt unserer Überzeugung, dass nicht jede Schwierigkeit eines Kindes mit derselben Profession beantwortet werden kann. Pädagogische, soziale und psychologische Probleme müssen differenziert erkannt und behandelt werden.

Prävention gehört ebenso dazu. Wir setzen uns für eine stärkere gesundheitliche Bildung bereits in Kitas und Schulen ein. Wissenschaftlich fundierte Informationen zu Gesundheit, Ernährung und Bewegung sollen leicht zugänglich sein. Gleichzeitig wollen wir Eltern, Kinderärzte, Therapeuten, Sozialarbeiter und Jugendleiter besser über Mediennutzung, Cybermobbing, Gefahren im Netz und Suchtverhalten informieren. Gerade digitale Belastungen sind heute Teil der Lebensrealität vieler junger Menschen und müssen deshalb in Prävention und Medienbildung einbezogen werden.

Für Kinder und Jugendliche, die Gewalt erfahren haben, fordern wir einen sofortigen Zugang zu psychologischer Betreuung. Bei häuslicher Gewalt wollen wir zudem psychologische und sozialpädagogische Hilfen für die gesamte Familie in dauerhaft finanzierten Zentren bündeln.

Darüber hinaus wollen wir die kinder- und jugendpsychiatrische sowie psychotherapeutische Versorgung konsequent am tatsächlichen medizinischen Bedarf

ausrichten. Entscheidend sind für uns früh erreichbare Hilfen, verlässliche Versorgungsstrukturen und eine bessere Verzahnung von Prävention, Schule, Jugendhilfe und medizinischer Versorgung. Ziel muss sein, psychische Belastungen möglichst früh zu erkennen und Kindern und Jugendlichen ohne unnötige Wartezeiten den Zugang zu geeigneter Unterstützung zu ermöglichen.

Thema: Bewegung

Frage 7: Zwölf Prozent aller Mädchen und Jungen in Berlin haben Bewegungsprobleme. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in Ihrem Land den (Schul-)Sport und die Bewegung in den Lebenswelten der Kinder gezielter fördern?

Bewegung ist für Kinder weit mehr als Sport im engeren Sinne. Sie fördert körperliche Gesundheit, motorische Entwicklung, Selbstvertrauen und Gemeinschaftserfahrungen. Deshalb wollen wir Sportangebote dort stärken, wo Kinder ihren Alltag verbringen: in Schulen, Kitas, Vereinen und ihrem unmittelbaren Wohnumfeld.

Wir wollen jungen Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zu Sportvereinen ermöglichen, indem Vereine Sportangebote an Schulen durchführen. Moderne, saubere, inklusive und ausreichend vorhandene Sportflächen sollen sowohl Vereinen als auch dem Individualsport offenstehen. Wir bekennen uns zugleich zur besonderen Bedeutung des Breitensports und wollen diesen durch eine verlässliche Förderung der Vereine unterstützen.

Im Gesundheitsbereich wollen wir regionale Netzwerke und Vereine, die Sport- und Freizeitangebote bereitstellen und gerade Kindern Impulse zu mehr Bewegung geben, stärker fördern. Zugleich soll gesundheitliche Bildung in Kitas und Schulen verbessert werden; wissenschaftlich fundierte Informationen zu Bewegung, Ernährung und Gesundheit sollen niedrigschwellig verfügbar sein.

Dabei reicht es nach unserer Auffassung nicht, lediglich zusätzliche Kampagnen zu starten. Bewegung muss praktisch möglich sein. Dazu gehören funktionierende Sporthallen und Sportplätze ebenso wie attraktive öffentliche Räume, sichere Fußwege und wohnortnahe Freizeitmöglichkeiten. Unser Ansatz verbindet deshalb Schule, Vereinssport, Gesundheitsprävention und Stadtentwicklung.

Unser Schwerpunkt liegt dabei auf der Qualität und Verfügbarkeit von Angeboten, der Kooperation mit Vereinen und einer Sportinfrastruktur, die tatsächlich genutzt werden kann. Kinder sollen Freude an Bewegung entwickeln können und im Alltag möglichst viele Gelegenheiten erhalten, sich sportlich zu betätigen.

Thema: Kindertagesbetreuung

Frage 8: In Berlin leiden Kitas unter sinkenden Auslastungsquoten, steigenden Defiziten und hohen Krankenständen. Welche Maßnahmen planen sie, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern?

Unser Ziel ist ausdrücklich, den Betreuungsschlüssel in den Berliner Kitas deutlich zu verbessern. Dabei wäre es aus unserer Sicht zu kurz gegriffen, allein auf die rechnerische Zahl der betreuten Kinder je Fachkraft zu schauen. Entscheidend ist, wie viel qualifizierte pädagogische Zeit beim einzelnen Kind tatsächlich ankommt.

Deshalb wollen wir zunächst die sogenannte mittelbare pädagogische Arbeit vollständig anerkennen. Diagnostik, Beobachtung, Vorbereitung und Elterngespräche gehören zur professionellen Arbeit eines Erziehers. Diese Zeit darf nicht so behandelt werden, als stünde die Fachkraft währenddessen gleichzeitig uneingeschränkt für die unmittelbare Gruppenarbeit zur Verfügung. Die entsprechenden Tätigkeiten sollen deshalb vollumfänglich in die Personalschlüssel einfließen.

Gleichzeitig müssen wir zusätzliche Fachkräfte gewinnen und vorhandene Fachkräfte im Beruf halten. Wir wollen den Fachkräftemangel im Erziehungsbereich gezielt bekämpfen, Erziehungsberufe auch für Männer attraktiver machen und zusätzliche fachliche Qualifikationen – etwa in der Sprachpädagogik – besser vergüten. Der Betreuungsschlüssel soll dadurch spürbar verbessert werden.

Ebenso wichtig sind verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Träger. Freie Träger stellen den weit überwiegenden Teil der Berliner Kitaplätze. Wir wollen sie deshalb bei der Finanzierung den landeseigenen Kitas gleichstellen. Wer Vielfalt und Qualität in der Berliner Kitalandschaft erhalten will, muss dafür sorgen, dass unterschiedliche Träger vergleichbare Ausgangsbedingungen haben. Ergänzend sollen freie Träger für freiwillige zusätzliche pädagogische Angebote Beiträge erheben können, sofern diese nicht Voraussetzung für die Aufnahme eines Kindes werden. Solche Mittel können beispielsweise für Sport, musikalische Früherziehung, Sprachförderung oder zusätzliches Personal eingesetzt werden.

Die derzeit teilweise sinkende Auslastung sollte aus unserer Sicht zudem nicht vorschnell ausschließlich als Problem betrachtet werden. Wo demografisch oder regional vorübergehend Kapazitäten frei werden, kann darin auch eine Chance liegen, Qualitätsverbesserungen schneller umzusetzen, Gruppengrößen zu überprüfen und Fachkräfte zu halten, statt funktionierende Strukturen kurzfristig abzubauen und sie wenige Jahre später teuer wieder aufbauen zu müssen. Die Steuerung muss allerdings datenbasiert erfolgen und regionale Unterschiede berücksichtigen.

Schließlich wollen wir die administrative Belastung der Kitas deutlich reduzieren. Wir wollen Kitas, in denen pädagogisches Personal von unnötigen Verwaltungsaufgaben entlastet ist und sich auf Bildung und Förderung konzentrieren kann. Auch das ist faktisch Teil eines besseren Betreuungsschlüssels: Mehr Fachkräfte auf dem Papier helfen Kindern wenig, wenn ein erheblicher Teil ihrer Arbeitszeit durch vermeidbare Bürokratie gebunden wird.

Wir danken Ihnen nochmals für Ihre Anfrage und für Ihre Arbeit, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen sichtbar zu machen. Eine kinderfreundliche Stadt bemisst sich aus unserer Sicht nicht an der Zahl politischer Absichtserklärungen, sondern daran, ob Bildung funktioniert, Schutz in Gefährdungslagen zuverlässig gewährleistet ist, Familien ihren Alltag bewältigen können und Kinder unabhängig von ihrer Herkunft echte Entwicklungschancen erhalten.

Über die hier dargestellten Positionen und insbesondere über Fragen ihrer praktischen Umsetzung kommen wir gern auch persönlich mit Ihnen ins Gespräch. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin